

Stellungnahme zu den beiden Offerten der Justizkommission im Kontext zum Gespräch vom 06.06.2014 Verw.gebäude Mühental

01.10.2014

Mein Herz blutet, da ich trotz allem die Herren Rether / Erb in ihrer Aufgabe als Vertreter der Justizkommission - sprich Oberaufsicht über die Justiz - wieder rügen muss.

Ausserordentlich dankbar bin ich dafür, dass mir am 06.06.2014 sogar noch mehr als die vereinbarte Zeit für die Besprechung meiner Angelegenheit gewährt wurde, und auch meine Vertrauenspersonen analog ihrer Stellung gewürdigt wurden.

Ihre Auflage, ich hätte beim nächsten Gespräch alleine zu erscheinen, erfüllen mich mit grosser Angst und Schrecken. - Ich habe Sie ja über das Komplott zwischen Polizei und Behörde ausführlich informiert. Es wurde ausgeheckt, mich vorzuladen und entsprechend zu provozieren, damit man mich mittels 'FU' bzw. fürsorgliche Unterbringung, früher 'FFE' dauerhaft in der Zwangspsychiatrie 'versenken' könne. In diesem Sinne bitte ich Sie, tunlichst wider von diesem rechtswidrigen Gebaren abzusehen - Ihr seid ja auch zu zweit (!).

Personen in öffentlicher Funktion müssen ein dickeres Fell haben. Das heisst, sie sollten punkto namentlicher und kritischer Beurteilung ihrer Leistungen ÜBER der Sache stehen können. Wenn nicht, haben sie selbst einen Konflikt mit dem Gesetz und 'haften für den Schaden, den sie angerichtet haben.' Dass dieses Rechtsgut in meiner Sache in Schaffhausen offenbar 'verloren gegangen' ist, hat 'rutzkinder' -zigfach nachgewiesen. Trotz der vielen Scheinverfahren sind meine Häscher gescheitert: Bis dato konnte ich nie wegen Lügen oder tatsächlicher Ehrverletzung bestraft werden. Dieses Indiz spricht eine deutliche Sprache (!).

Ausserdem hat die Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse über behördliche Missstände informiert zu werden. Seit Eröffnung dieses Portals zeugen über eine halbe Million Besucher für 'rutzkinder.ch'. Daher bitte ich Sie Folgendes zu bedenken: Solange ich den Wahrheitsgehalt meiner stets schriftlichen Assoziationen jederzeit beweisen kann und mich die Justiz selbst - in der Öffentlichkeit - mitunter mit Namen nennt, ist es meine Pflicht, die Öffentlichkeit zu informieren, solange Justizverbrechen offensichtlich gedeckt - ja gerechtfertigt werden! ... Sie sehen, ich mache nur die Arbeit, welche spätestens ab jetzt die Ihre wäre. ...

Dass Sie mir meine Meinungs- und Informationsfreiheit beschränken wollen, empfinde ich als rechtswidrig - ich verweise auf Art. EMRK 10. Ähnliche Zustände herrschten schon damals - bei der Petitionskommission. Deren Zurückweisung feiert am 12. Oktober bereits das 10jährige, erschütternde 'Jubiläum'. Des Weiteren mache ich Sie mit diesem Eintrag auf meiner Webseite ausschliesslich auf die ruchlose, inzwischen 12jährige Unterdrückung durch den Schaffhauser Justiz-Apparatschik aufmerksam. Dessen Entrechtung, Enteignung und weisse Folter verursachen beim gejagten Individuum meist irreparable Schäden an Körper Geist oder Seele. Ohne lebendigen Glauben an unser einzigartiges Vorbild, Jesus Christus hätte ich dies sicher nicht so lange durchgestanden.

Wort und Schrift - also mein Schreiben - dürfte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wohl das mildeste Mittel manifestieren, um mein pures Überleben und meine geistige Gesundheit sicherzustellen. Ich tue also weiter nichts, als meinem Überlebenswillen, der grundsätzlich Niemandem abgesprochen werden darf, gerecht zu werden. Nebenbei muss auch gesagt werden, dass ich auch als Mitbürger von Frau Monika Brunswiler, gewisse Verpflichtungen, welche der Staat ihr gegenüber gerade leugnet und bricht, bis auf Weiteres stellvertretend für diesen wahrnehme.

Würden Sie nicht auch so handeln, wenn das nackte Leben Ihrer Kollegin oder sogar eines Familienmitgliedes infolge [Erpressung und Morddrohungen](#) auf dem Spiele stünde? Würden Sie etwa nicht auch das mildest mögliche Mittel, nämlich das Schreiben, für das Recht auf Leben von Monika Brunswiler in die Waagschale des Schöpfers werfen wollen.

Aus den oben genannten Gründen ist es für mich ausgeschlossen, diese, meine persönlichen Freiheitsrechte gegenüber fragwürdigen, angeblich öffentlichen Interessen, in irgendeiner Form zu veräussern. Selbst dann nicht, wenn alle stornierten Forderungen wieder reaktiviert werden sollten!

Hiermit halte ich für alle Zeiten klipp und klar fest, dass gerade das Schreiben das Überdruckventil bildete, um diese heftigen, mir widerfahrenen, und noch immer ausgeübten perversen Justizverbrechen nicht im Amok münden zu lassen. Trotz jahrelanger und hartnäckigster Verfolgung habe ich alle Intrigen entgegen deren Zukunftsprognosen - Doks 236, 567, [G48](#), G113, mehr als bestanden. Wer also immer noch zu wissen glaubt, mich vor Selbstgefährdung schützen zu müssen, der ist auf dem berühmten Holzweg. Was auch immer geschieht, ich werde bei der Hauptverhandlung anwesend sein, lückenlos über alles aussagen und Anklage erheben. Dabei werden alle Einträge zur jahrzehntelangen Rechtsverweigerung / Rechtsbeugung in „rutzkinder“ strafrechtlich relevant sein.

Solange das Recht in diesem ungeheuren Ausmass gebrochen wird, ist es für mich unerheblich, ob ich dann lebenslang in der Psychiatrie oder einem Gefängnis „versenkt“ werde. ... und spätestens ab dann werde ich Euch das -zigfache kosten, was mir die namentlich genannten Verbrecher geraubt oder - ganz einfach - von mir ertrogen haben. Denn: Alle Rechtsmittel auszuschöpfen und dennoch im Eigenheim wie in einem Gefängnis leben zu müssen, ist letztlich schlimmer, als zu wissen, dass man in einem richtigen Gefängnis sitzt und nicht raus kann! Kurz: Um diese, im Gesetz mir zugesicherte Freiheit wieder zu erlangen, setze ich diese persiflierte jetzige samt und sonders aufs Spiel. Für Leute die rechnen können, empfiehlt sich die Visualisierung in [Szenario 3](#).

Ich habe diese unehrliche Zwangspsychiatriisierung im Alleingang soweit emotional zu verarbeiten, dass mich bis dato niemand in den nach jahrzehntelanger, hartnäckiger Verfolgung oftmals resultierenden Amoklauf zu treiben vermochte. Dennoch hat man mich mittels Selbstgefährdung, Tötungsdelikten, Gefährdung des Lebens - etwa bei Wahrenbergers Steinwurfattacke, Nötigung, Drohung etc. vorverurteilt und mittels unendlich langen, jedes Mal sinn- und somit ergebnislosen Gefängnisaufenthalten, Bussen und Verfahrenskosten 'vorbestraft'. Dazu 'Szenario 3'...

In diesem Sinne zähle ich auf Sie als Vertreter des Volkes und kompetenter Vertreter der Justizkommission, welche als Kontrollorgan über der Justiz zu wachen hat. Weiter bitte ich Sie um Ihr wohlwollendes Verständnis in Bezug auf den 'juristischen Zettelkasten' mit den angeblich nicht mehr überschaubaren Akten - welche ja von dieser Justiz grösstenteils willkürlich zu meiner Demütigung, Entrechtung, Enteignung und Zerstörung meines guten Rufes geschaffen wurden. Hiermit bitte ich Sie höflichst um eine 3. Version Ihrer Offerte - ohne erneute Einflüsse der bisherigen, zerstörerischen Justizwillkür. Als Entwurf nehme ich diese gerne per Mail von Ihnen entgegen.

Um allfällige Ressentiments bezüglich meiner Vertrauenspersonen auszuschliessen, bitte ich Sie um die Bestätigung, dass ich diese in der bereits bekannten Formation zum Gespräch mit der Justizkommission, Richtern etc. ohne irgendwelche schikanösen Bedingungen einbringen darf. Im Gegenzug würde ich es sehr begrüßen, wenn bei der Ratifizierung der Wiederherstellung meiner Freiheiten, wie auch Bürger- und vor allem Vaterrechte, die Justizkommission vollzählig und im Wissen um alle thematisierten strafbaren Handlungen durch die fehlbaren Richter, am runden Tisch teilnehmen werden. Ich möchte nicht eines Tages den Vorwurf hören müssen, dass der eine oder andere über die tatsächliche Tragweite des 'Falles Rutz' gar nicht oder nur teilweise korrekt unterrichtet worden ist.

Ich würde – nach Rücksprache mit meinem Team, mit dem ich bereits bei Ihnen vorstellig werden durfte – nicht auf meiner Webseite Löschungen vornehmen, sondern von einem einvernehmlichen Abkommen, was das Bisherige betrifft, auf meiner Webseite berichten. So würde der ganze bisherige Aufwand den Sie und ich hatten auch gebührend belohnt, und unzufriedene Bürger ermutigt, anstelle irgendwelcher Aktionen, wieder vermehrt das Gespräch zu suchen, wenn auch hierorts keine Ombudsstelle geboten werden kann.